

LEITARTIKEL • EEG-REFORM

Ein Strauß von Problemen

Nach der Reform ist vor der Reform. Diese Regel gilt für viele Gesetze, aber bei der Ökostromförderung ganz besonders. Nach hektischen Beratungen beschließt der Bundestag heute die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Endlich, denn alle Beteiligten brauchen dringend Sicherheit, wie es mit diesem Baustein der Energiewende weitergeht. Die Reform trifft jeden Bürger, weil er über die EEG-Umlage zwangsweise den Ausbau von Wind- und Solaranlagen fördert und diese Abgabe explodiert ist. Das könnte zumindest für einige Jahre gestoppt sein, was schon mal ein Erfolg wäre.

In den vergangenen Tagen ging es in Berlin noch einmal turbulent zu. Gesetzesänderungen wurden in letzter Minute nachgeschoben. Das brachte die Opposition in Rage. Sie sah ihre Beratungsrechte in Gefahr. Zugleich wuchs das Risiko, dass die Gesetzesmacher wegen der Eile Fehler übersehen haben, die sich später als teuer erweisen.

Grund der Zeitprobleme ist, dass in der letzten Legislaturperiode zwar nach Fukushima 2011 die beschleunigte Energiewende ausgerufen wurde, die praktische Umsetzung aber miserabel war. Zudem hat die deutsche Politik lange unterschätzt, wie sehr die EU bei diesem Thema mitredet. Deutschland geht einen Sonderweg, ohne sich ausreichend um die Einbindung in ein europäisches Konzept zu bemühen. Dabei hört die Energieversorgung nicht an den nationalen Grenzen auf.

Allerdings hält die EU-Kommission wenig von der Energiewende. Das zeigen die massiven Einwände, die sie kurz vor Toresschluss vorbrachte – etwa dass auch Ökostrom, der aus dem Ausland importiert wird, Fördergeld aus dem EEG-Topf bekommen soll. Dabei müssten die Beamten in Brüssel in ihrer Regulierungswut wissen, dass das keine Basis für seriöse Politik ist. Über der Reform, die der Bundestag verabschiedet, schweben gleich mehrere Damoklesschwerter der EU. Im Extremfall könnten sie das ganze deutsche EEG-System zusammenbre-

chen lassen mit unabsehbaren Folgen insbesondere für die deutsche Industrie.

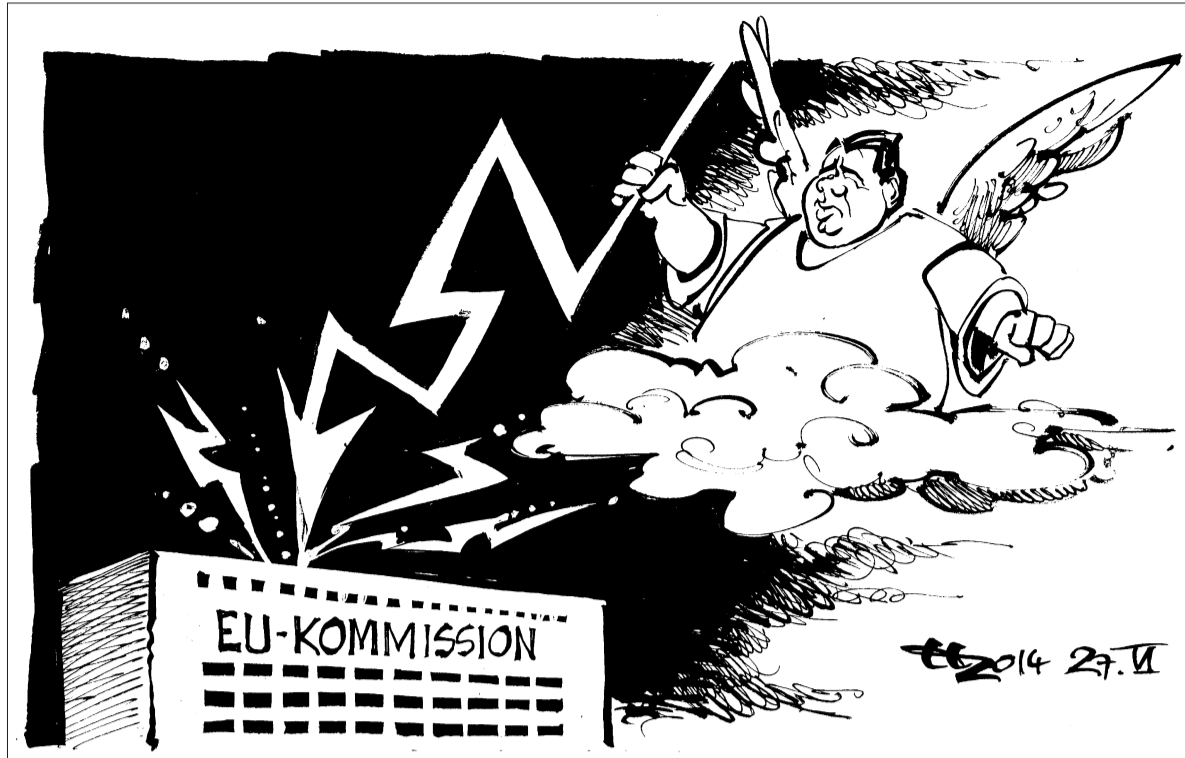
Selbst wenn die Bedenken ausgeräumt werden, bleibt eine Reform, die viele für unbefriedigend halten. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen Interessen der Beteiligten von Herstellern und Betreibern von Solar- und Windanlagen über energieintensive Betriebe bis zu den normalen Stromverbrauchern. Daran gemessen ist das Ergebnis passabel. Zum anderen wurden in den vergangenen Jahren so viele Subventionsverpflichtungen für Ökostrom eingegangen, dass es nur

Es warten viele weitere – und teure – Herausforderungen

darum gehen konnte, den weiteren Ausbau beherrschbar zu machen.

Dass die EEG-Reform überhaupt verabschiedet werden kann, ist ein großer Erfolg von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Doch der SPD-Chef weiß, dass auf ihn noch viel größere Herausforderungen warten. Die meisten konventionellen Kraftwerke fahren nur noch Verluste ein. Doch sie sind unverzichtbar, schon weil Sonne und Wind nur einen Teil des Jahres für Strom sorgen. Dieses Problem zu lösen, wird die Verbraucher ebenso Geld kosten wie der überfällige Ausbau des Stromnetzes. Dabei ist das Hauptproblem, neue Leitungen vor Ort durchzusetzen, weil Bürger auf die Barrikaden gehen. Jedes Bundesland kocht weiterhin sein eigenes Öko-Stüppchen, und die Diskussionen mit der EU werden noch viel Schweiß und Nerven erfordern.

Nur wenn dieser Strauß von Problemen befriedigend gelöst wird, kann Deutschland eine sichere und bezahlbare Stromversorgung gewährleisten – und die Klimaschutzziele einhalten. Die geraten bei den Diskussionen leicht in Vergessenheit. Die Energiewende ist zum Erfolg verdammt, sonst sieht es im wahrsten Sinne des Wortes schwarz aus für unser Land. DIETER KELLER



Erzengel Gabriel unter Ökostrom.

Zeichnung: Horst Haitzinger

Seehofer plant weit vor

CSU-Chef will Zeitplan für seine Nachfolge absegnen lassen

Vier Wochen nach der CSU-Schlappe bei der Europawahl laboriert Parteichef Seehofer an den Folgeschäden. Bei einer Vorstandsklausur am Samstag will sich Seehofer nach allen Seiten absichern.

CARSTEN HOEFER und CHRISTOPH TROST, beide dpa

München. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) will auf der CSU-Vorstandsklausur am Samstag voraussichtlich den Fahrplan zur Regelung seiner Nachfolge beschließen lassen. Geplant ist folgender Zeitplan: 2016 soll der Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017 gekürt werden, und 2017 dann der Spitzenkandidat oder die Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2018.

Dieser Zeitplan als solcher ist nicht neu – neu ist aber, dass Seehofer sich diesen von seinen Parteifreunden absegnen lassen will. Damit möchte er offenbar vorzeitigen Personaldiskussionen vorbeugen. Der CSU-Chef hat schon oft betont, bis 2018 im Amt bleiben zu wollen – aber nicht länger.

Ohnehin steht Seehofer ein schwieriger Samstag bevor: Die Parteispitze will bei einer Vorstandssitzung in München die Schlappe bei der Europawahl aufarbeiten. Am 25. Mai hatte die CSU mit mageren

40 Prozent das schlechteste Ergebnis bei einer überregionalen Wahl seit 60 Jahren eingefahren.

Seitdem ist Seehofer in die Schusslinie seiner Kritiker geraten, obwohl die meisten in der CSU-Spitze kein Interesse an einer Führungsdebatte haben. Doch Seehofer wirkt dennoch verunsichert.

Offizieller Hauptprogrammplan ist die Ursachenforschung nach der Wahl: Warum stürzte die CSU auf 40 Prozent ab? Dabei steht das wesentliche Ergebnis bereits vorher fest: An Seehofer und seiner Strategie darf es nicht gelegen haben. Er will nachträglich noch einmal den „Bayernplan“ und den „Europaplan“ beschließen lassen – die zwei Wahlprogramme der CSU für Landtags-, Bundestags- und Europawahl.

„Das ist unser Kursbuch, da möchte ich noch einmal ausdrücklich die Zustimmung“, betont See-

hofer. Damit wird die CSU möglicherweise ein historisches Exempel setzen: als erste Partei, die Wahlprogramme nach den Wahlen nochmals beschließt.

Seehofer will erst 2018 abtreten. „Er hat seinen Zenit ganz eindeutig überschritten“, sagt ein CSU-Mann. Scharfe Kritik an Seehofers Führungsstil und Strategie kam in den vergangenen Wochen vom früheren Parteichef Erwin Huber, vom gestürzten Europagruppenchef Markus Ferber und vom ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich.

Unerfreuliche Schlussfolgerungen, die Zweifel an Seehofers Strategie wecken könnten, soll es am Samstag offenkundig nicht geben. Die CSU-Vorstandskollegen müssen sich auf einen eisernen Parteichef gefasst machen: „Ich setze mich auch zwölf Stunden hin“, kündigte Seehofer an.

Verwirrung um Maut-Pläne

Rückzieher Entgegen anderslautender Spekulationen soll das Konzept für die Pkw-Maut bei der CSU-Vorstandsklausur am Samstag nun doch nicht vorgestellt werden. „Wir werden es nicht tun“, sagte Seehofer. Er will damit Vorwürfen und Kritik aus dem Weg ge-

hen, mit der Vorstellung des Maut-Konzepts die Debatte über die schwere Europawahlschlappe der CSU überlagern zu wollen.

Zeitplan Wann genau Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) seine Maut-Pläne nun präsenti-

ert, ist offen. Aus der CSU hieß es, dies geschehe nun „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ nächste Woche in Berlin. Beschlossen werden soll die Pkw-Maut, ein Herzensprojekt der CSU, im kommenden Herbst, und dann ab 2015 in Kraft zu treten. dpa/eb

KOMMENTAR • MEIN KAMPF

Das böse Buch

Unkommentierte Nachdrucke von Hitlers Mein Kampf bleiben in Deutschland verboten, auch wenn das Urheberrecht dafür Ende 2015 ausläuft. Diese Entscheidung der Justizministerkonferenz ist eine gute, wenn auch selbstverständliche. Volksverhetzende Texte zu verbreiten, und dazu gehört dieses plump antisemitische und rassistische Pamphlet zweifellos, ist hierzulande strafbar.

Umso merkwürdiger ist das Herumgeiere der bayerischen Staatsregierung. Diese verhindert Neuveröffentlichungen in Deutschland – andernorts verkauft sich das Buch übrigens stabil gut – seit Jahrzehnten unter Verweis auf das Urheberrecht. Das funktioniert auch zweckmäßig, erweckte aber den Eindruck: Abgesehen vom Copyright steht einer Veröffentlichung nichts im Weg. Schön, dass dieses Missverständnis aus der Welt ist.

Übrig bleibt die Frage, warum Bayern die finanzielle Unterstützung einer kommentierten Ausgabe von Mein Kampf gestoppt hat. Daran arbeiten Forscher des verdienstvollen Instituts für Zeitgeschichte (IfZ). Die Staatsregierung erklärt den Rückzieher mit der Rücksicht auf Holocaust-Opfer und deren Nachkommen. Diesen sei es nicht zuzumuten, dass die Hetzschrift, gefördert durch deutsches Steuergeld, wieder auf den Markt kommt.

Diese Argumentation ist Unsinn. Das IfZ arbeitet nicht an einer Neonazi-Nostalgieausgabe, die es übrigens für kleines Geld im Netz gibt, sondern an einer historisch kritischen Edition. Mein Kampf ist nichts, wovon man Bürger schützen, sondern eine Quelle, mit der man arbeiten muss. Es gibt noch genug Antisemiten auf der Welt. Historisches Wissen ist der beste Schutz gegen ihre Hetze. AXEL HABERMEHL

STICHWORT • MIETPREISBREMSE

Zeitlich befristet

Die Mietpreisbremse soll verhindern, dass das Wohnen für Gering- und Normalverdiener in bestimmten Lagen unbezahlbar wird und sie aus ihren Wohnvierteln verdrängt werden. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums sind in boomenden Großstädten Preissprünge um 20, 30 oder sogar 40 Prozent bei Wiedervermietungen üblich.

Die Pläne sehen vor, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen die zulässige neue Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Auskunfts über diese Vergleichsmiete gibt der örtliche Mietspiegel. Ansonsten muss auch der Vermieter Auskunft erteilen.

Gelten soll die Preisbremse nur in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Es wird Aufgabe der Bundesländer sein, diese festzulegen. Bei der erstmaligen Vermietung von Neubauten und nach

einer umfassenden Modernisierung soll die Mietpreisbremse nicht greifen – so soll garantiert werden, dass sie keine Renovierungen und Sanierungen verhindert. Auch die Dauer der Bremse soll begrenzt werden: Die Länder sollen sie immer für höchstens fünf Jahre festlegen.

Durch den maßvolleren Preisanstieg sparen Mieter dem Gesetzentwurf zufolge insgesamt mehr als 282 Millionen Euro pro Jahr. Wegen der ebenfalls geplanten Änderungen bei der Maklergebühr, die künftig vom Auftraggeber bezahlt werden soll, bleiben ihnen außerdem Ausgaben von mehr als 571 Millionen Euro erspart. Auf der Vermieterseite entstehen geschätzte Mehrkosten von 521 Millionen Euro.

Wenn alles nach Plan läuft und Bundestag und Bundesrat zustimmen, könnte die Mietpreisbremse im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten. afp

Abschied mit Currywurst

Die CDU bereitet Annette Schavan einen Abgang ohne Melancholie

Nächste Woche tritt Annette Schavan ihren neuen Posten als Botschafterin beim Heiligen Stuhl in Rom an. Der Abschied der Ex-Ministerin von CDU-Kollegen in Berlin geriet launig. Der Blick ging nach vorn.

GUNTHER HARTWIG

Berlin. Langweilig wird es Annette Schavan (59) in ihrem künftigen Domizil nicht werden. Er habe gehört, so verabschiedete sich CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder von der früheren Bundesbildungsministerin, dass die deutsche Botschaft beim Vatikan nicht nur über einen prächtigen Garten verfüge, sondern auch über eine stattliche Anzahl von Gästezimmern: „Also, wir werden Dich besuchen, liebe Annette.“ Auch EU-Kommissar Günter Oettinger, einst siegreicher Konkurrent der scheidenden Ulmer Abgeordneten im Wettkampf um die Nachfolge von Ministerpräsident Erwin Teufel, kündigte in seiner Abschiedsrede auf Annette Schavan sein baldiges Erscheinen am Tiber an: „Einen exzellenten Weinkeller soll es in der Botschaft auch geben.“

Bei so launigen Ansprachen mochte in der baden-württembergischen Landesvertretung keine Melancholie aufkommen, weder bei Schavan noch bei den zahlreichen politischen Weggefährten und Spitzenvertretern der deutschen Wis-



„Ulm bleibt Heimat“: Annette Schavan will nach ihrer Zeit in Rom an die Donau zurückkehren. Foto: Markus Hammes

senschaft, die sich bei Wein, Bier und Berliner Currywurst labten und der ehemaligen Kultus- und Bildungsministerin in Stuttgart und Berlin ein herzliches Lebewohl sagten. Bundeskanzlerin Angela Merkel bedankte sich bei einer „treuen Begleiterin und wunderbaren Ratgeberin“, die sich in den Jahren ihrer engen Freundschaft vor allem durch eine unter Politikern seltene Gabe ausgezeichnet habe – „schweigen zu können“.

Der Grund ihres Ausscheidens aus der Politik, die wegen Täuschung aberkannte Promotion, spielte an diesem Abschiedsabend

nur in Andeutungen eine Rolle. Schavan selbst verwies darauf, dass „die wichtigsten Dinge des Lebens bleiben – jenseits von Amt und damit verbundenen Würden“. Auch Merkel und Kauder erinnerten an „die schweren Stunden“ im Schatten des Rücktritts der Ministerin, die man gemeinsam und in Freundschaft durchgestanden habe.

Doch überwiegend ging der Blick nach vorn – auf das neue schöne Amt als Botschafterin beim Heiligen Vater in Rom, aber auch auf die Zeit danach. Die Kanzlerin wusste schon Bescheid: „Du bleibst Ulm, dieser wunderbaren Münsterstadt, verbunden.“ Und auch Schavan versprach: „Ulm bleibt Heimat, dahin kehre ich zurück. Alterssitz klingt jetzt ein bisschen komisch, aber so wird es sein.“

Zu guter Letzt hatte die vormalige Merkel-Stellvertreterin an der CDU-Spitze noch Ermutigendes für ihren baden-württembergischen Landesverband parat. „Es wird ein gutes Jahr für die Landes-CDU“, sagte Schavan mit Blick auf die Kür des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016 voraus. Bekanntlich wird die Entscheidung zwischen CDU-Vize Thomas Strobl und Landtagspräsident Guido Wolf fallen. Dieses Mal, so scherzte die 2004 dem späteren Ministerpräsidenten Oettinger unterlegene Wahl-Schwäbin mit Ferienwohnung am Bodensee, werde es „ja nicht so richtig schlimm – es ist keine Frau dabei und keine Rheinländerin“.

NOTIZEN

Väter profitieren mehr

Väter profitieren mehr vom Elterngeld als Mütter. Das hat das Statistische Bundesamt für im Jahr 2012 geborene Kinder ausgerechnet. Demnach bekamen Väter, die wegen ihrer Kinder im Job pausieren, im Durchschnitt fast 440 Euro mehr Elterngeld als Mütter. Ein Grund dafür ist, dass Väter zuvor öfter berufstätig waren.

IT-Sicherheit erhöhen

Technikexperten fordern wegen der Ausspähung durch ausländische Nachrichtendienste eine Aufrüstung der deutschen IT-Sicherheit. Im NSA-Untersuchungsausschuss warben gestern mehrere Fachleute für eine flächendeckende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Telekommunikation. Auch solle der deutsche Datenverkehr nicht mehr in bisherigem Ausmaß über die USA und andere Staaten geleitet werden.

Terrorist vor Auslieferung

Ein französisches Gericht hat die Auslieferung des mutmaßlichen Todeschützen von Brüssel an Belgien angeordnet. Der 29-jährige Mehdi Nemmouche solle wegen „Mordes in einem terroristischen Zusammenhang“ an Belgiens Justiz übergeben werden. Nemmouche hat drei Tage Zeit, Revision einzulegen, sein Anwalt kündigte dies auch an. Der französisch-algerische Islamist soll am 24. Mai im Jüdischen Museum in Brüssel vier Menschen getötet haben. Er wurde später in Frankreich festgenommen.

Mehrheit für Steinmeier

Die Deutschen sehen in Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) den besten Nachfolger für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Das geht aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins „Cicero“ her-



Selbst unter Unions-Anhängern auf Platz eins für Merks Nachfolger: Frank-Walter Steinmeier. Foto: afp

vor. Demnach halten 40 Prozent der Befragten Steinmeier für die beste Option als Merks Nachfolger.

ZITAT DES TAGES

Das Programm ist, wie es ist.

Steffen Seibert

Der Regierungssprecher zur Gedenkfeyer in Ypern, deretwegen Bundeskanzlerin Angela Merkel das Länderspiel nicht live anschauen konnte.

Konsum synthetischer Drogen steigt

Wien. Die Uno warnt vor der zunehmenden Ausbreitung synthetischer Drogen. Die Herstellung von Amphetaminen, zu denen auch das Rauschmittel Crystal Meth gehört, nehme weltweit zu, heißt es im Welt-drogenbericht 2014. Während der allgemeine Drogenkonsum stabil sei, gebe es einen deutlichen Anstieg bei der sichergestellten Menge an Amphetaminen und der Zahl entsprechender Drogen-Labore.

Geschätzte 34,4 Millionen Menschen konsumierten dem Report zufolge im Jahr 2012 Amphetamine. Damit liegen sie nach Cannabis auf Platz zwei. Die Bekämpfung sei schwierig, weil Hersteller neue Drogenstoffe und Bestandteile der Drogen einzeln schmuggelten, räumte die UN-Behörde für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) ein. Weltweit wurden 144 Tonnen Amphetamine sichergestellt, die Hälfte in den USA.

Eine weitere Herausforderung seien Designerdrogen, deren Zahl kontinuierlich steige. Mitte 2012 gab es 251 dieser psychoaktiven Drogen, Ende 2013 waren es bereits 348. Bei diesen sogenannten Legal Highs handelt es sich um Drogen, die längst verboten sind, aber verändert und unter neuem Namen immer wieder auf den Markt kommen. In Deutschland wurden 2013 nach Angaben der Bundesdrogenbeauftragten Marlene Mortler (CSU) 55 Designerdrogen dem Betäubungsmittelgesetz unterstellt. 20 weitere Verbote seien absehbar. dpa